



2020

ETUCE CONFERENCE

El European Region



RESOLUTION

Bildungsprofession stärken - eine Kampagne für Solidarität, Gleichberechtigung, Demokratie und Nachhaltigkeit

Verabschiedet von der EGBW-Konferenz, der Regionalkonferenz der Bildungsinternationale vom 1. und 2. Dezember 2020

In Übereinstimmung mit den und als Fortschreibung der vom 8. BI - Kongress in Bangkok 2019 und auf der EGBW - Konferenz in Belgrad 2016 und der Sonderkonferenz in Athen 2018 beschlossenen Resolutionen

stellt die EGBW - Konferenz fest:

1. In den letzten zehn Jahren haben sozioökonomische Ungleichheiten, Armut, Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, ungleiche Verteilung des Reichtums, ungleicher Zugang zu Ressourcen und ein vorherrschender individualistischer Ansatz auf Kosten eines kollektiven Ansatzes zu einer Reihe von Problemen geführt, die die Kerngrundsätze der Demokratie, Solidarität, Nichtdiskriminierung, Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung und Achtung der Menschenwürde, auf denen unsere Gesellschaft beruht, infrage stellen. Während wir Zeugen der Ausbreitung von Populismus, rechtsgerichteten und konservativen politischen Diskursen sowie neoliberaler Politik werden, die Radikalisierung, Fremdenfeindlichkeit, Klischeevorstellungen und extremistische Angriffe schüren, werden Probleme wie Migration, die vierte industrielle Revolution und der Klimanotstand von den europäischen Institutionen und nationalen Regierungen weder angemessen noch ausreichend thematisiert.
2. 2020 sah sich die ganze Welt, einschließlich der europäischen Region, mit einer beispiellosen gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Krise konfrontiert, die durch den Ausbruch der Coronavirus-Pandemie verursacht wurde. Diese Krise hat nach wie vor erhebliche Auswirkungen auf den Bildungssektor, das Bildungspersonal und die Lernenden sowie auf die Umsetzung von Grund- und Gewerkschaftsrechten, die Qualität des gesellschaftlichen Dialogs, Gleichberechtigung, Demokratie und Inklusion in Europa. Aufgrund von Quarantäne- und Isolationsmaßnahmen, die von den meisten europäischen Regierungen eingeführt wurden, waren Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen gezwungen, auf Fernunterricht auszuweichen. Dies hat eine Reihe ernsthafter Herausforderungen für das Bildungspersonal mit sich gebracht, angefangen von einer mangelnden Ausstattung mit digitalen Geräten, über Bedenken in Bezug auf den Schutz personenbezogener Daten, akademische Freiheit und berufliche Autonomie, einschließlich der Ausbildung von Lehrkräften für den Fernunterricht, bis hin zu vielen Fragen zu Weiterbeschäftigung, Lohnfortzahlung und Sozialleistungen, zur Arbeitsbelastung, der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und des psychosozialen Wohlergehens.



3. Die Schließung von Schulen und Universitäten aufgrund von Ausgangsbeschränkungen hat allen bewusst gemacht, wie wichtig Bildungseinrichtungen sind und welche Schlüsselrolle sie in der Gesellschaft spielen. Bildungseinrichtungen leisten mehr, als Lernenden lediglich Wissen zu vermitteln. Sie bieten ihnen Schutz, Fürsorge, Sicherheit, Struktur und die Möglichkeit zur Interaktion mit Gleichaltrigen und ihren vertrauten Lehrkräften und anderem Bildungspersonal. Die Krise hat deutlich gemacht, wie viele Aufgaben der Bildungssektor und die dort Beschäftigten wahrnehmen und welche Erwartungen die Gesellschaft an sie stellt. Nur wenige Monate des Fernunterrichts haben offengelegt, dass der fehlende Präsenzunterricht im Klassenzimmer zu einem wesentlichen Verlust der bislang erzielten Lernfortschritte führt und das Wohlbefinden und die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler am Lernprozess negativ beeinflusst. Es ist klar geworden, dass Online- oder sonstiger Fernunterricht den Präsenzunterricht zwar ergänzen, aber niemals ersetzen kann.
4. Statt einen kohärenten solidarischen Ansatz zu fördern, um diese Herausforderungen gemeinsam anzugehen und gemeinsame Lösungen zu finden, verstecken sich viele Regierungen hinter nationalen Interessen und machen die Erfolge, die im Bereich der Gleichberechtigung, Inklusion und Nichtdiskriminierung erzielt wurden, zunichte und ersetzen sie durch Stigmata, antidemokratische und gewerkschaftsfeindliche Prozesse und die Abschaffung von Menschenrechten.
5. Da Europa infolge der Coronavirus-Pandemie immer mehr in den Strudel der tiefsten Rezession des letzten Jahrhunderts gerät und den Prognosen zufolge die Regierungen unter Druck geraten werden, den sozialen Schutz und die Unterstützung für die öffentliche Gesundheit zu erhöhen, während die öffentliche Verschuldung und das öffentliche Defizit auf beispiellose Höhen steigen, sind einige europäische Länder nicht bereit, sich zur Erhöhung der öffentlichen Investitionen in die Bildung zu verpflichten, um nachhaltige, ausreichende und gerechte Bildungssysteme zu schaffen.
6. Darüber hinaus können die katastrophalen Folgen des nicht nachhaltigen Umgangs mit unserer Umwelt und ihren natürlichen Ressourcen nicht mehr ignoriert werden. Die letzten 19 Jahre (seit 1998) waren die heißesten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Dieser Temperaturanstieg hat zur Erhöhung des Meeresspiegels, zur zunehmenden Häufigkeit von Naturkatastrophen, Zerstörung von Wäldern und Seen, zu einem gefährlichen Niveau der Luftverschmutzung, zu Nahrungsmittel- und Wasserknappheit, zum Verlust der Biodiversität und zu all den anderen schwerwiegenden Folgen der Umweltkrise geführt. Umweltprobleme haben eine deutliche Vertiefung der sozioökonomischen Unterschiede zwischen Menschen, Ländern und Regionen zur Folge, da sie benachteiligte soziale Gruppen und wirtschaftlich ärmere Länder schwerwiegender beeinflussen.
7. Parallel dazu sehen sich moderne Gesellschaften aufgrund der digitalen Revolution und des Einsatzes von Fernunterricht in Zeiten der Coronavirus-Krise, die alle Aspekte des Lebens durchdringt, mit beispiellosen Veränderungen konfrontiert. Die Digitalisierung ist dabei, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Landschaft und insbesondere die Arbeitswelt tiefgreifend zu verändern. Der technologische Fortschritt gefährdet die Relevanz ganzer Sektoren, mit direkten Auswirkungen auf die Arbeitsplätze der dort Beschäftigten, und schafft neue Arbeits- und Kompetenzbereiche, die wiederum neue Fähigkeiten und Fachkenntnisse erfordern. Bei der Digitalisierung moderner Gesellschaften steht der Bildungssektor im Zentrum und ist mit der Herausforderung konfrontiert, das Potenzial der Digitalisierung angemessen zu nutzen und ihre potenziellen negativen Auswirkungen auf die Qualität der Bildung vorherzusehen und zu mindern.
8. In einer Reihe von Rahmenerklärungen sind die Ziele und Vorgaben für Solidarität, Demokratie, Gleichberechtigung und Nachhaltigkeit klar umrissen, darunter die [UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung](#), die [Europäische Säule sozialer Rechte](#), die [Pekinger Erklärung und Aktionsplattform](#) zur Gleichstellung der Geschlechter, die [Pariser Erklärung zur Förderung der politischen Bildung und der](#)



gemeinsamen Werte der Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung durch Bildung, ein europäischer grüner Deal und andere internationale und europäische Instrumente. Diese Grundsätze werden auch in den bildungsbezogenen politischen Dokumenten umrissen, z. B. 'Agenda für neue Kompetenzen in Europa', Mitteilungen der Europäischen Kommission zum Thema 'Ein stärkeres Europa aufbauen: die Rolle der Jugend-, Bildungs- und Kulturpolitik' und 'Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur'. Die Überwachung ihrer Umsetzung zeigt jedoch, dass Europa weit davon entfernt ist, auch nur das Minimum der gesetzten Ziele zu erreichen. Der Mangel an politischem Willen und öffentlichen Investitionen zur Umsetzung der Gleichstellungs- und Nichtdiskriminierungsstrategien und -politiken wird als einer der Hauptgründe für viele noch bestehende Ungleichheiten in Europa genannt.

...merkt die EGBW an:

9. Alle oben genannten Tendenzen haben unbestreitbare Auswirkungen auf unsere Bildungssysteme, die Bildungsgemeinschaft und das Bildungspersonal und damit auch auf die Bildungsgewerkschaften. Die Bildungssysteme müssen sich weiterentwickeln, erneuern und umgestalten, um in der Lage zu sein, aufgeschlossene, kulturell sensible und verantwortungsbewusste BürgerInnen mit soliden demokratischen Werten hervorzubringen und gleichzeitig die kostenfreie Bereitstellung öffentlicher Bildung aufrechtzuerhalten und zu stärken.
10. In Anerkennung der Vielfalt des Bildungspersonals ist es wichtig, dass sich die Vielfalt im Mitgliederbestand der Gewerkschaften widerspiegelt und dass die Gewerkschaften ein breites Spektrum unterschiedlicher Bedürfnisse der Beschäftigten im Bildungssektor vertreten.
11. In Zeiten des gesellschaftlichen Wandels, sich pandemisch verbreitender Viren, der Migrations- und Flüchtlingskrise und des zunehmenden Individualismus ist die Bildung in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie und nachhaltige Entwicklung von grundlegender Bedeutung, um engagierte, kritisch denkende und aktive Bürgerinnen und Bürger hervorzubringen und allen Lernenden, insbesondere den benachteiligten und marginalisierten, ein Gefühl der Zugehörigkeit und Möglichkeiten der aktiven Beteiligung zu vermitteln. Wir sind Bürger eines gefährdeten Planeten. Dies erfordert einen umfassenden und praktischen Lehrplan und unterstützende politische Rahmenbedingungen für die politische Bildung. Ausreichend Zeit innerhalb des Stundenplans, klare Richtlinien für die Behandlung dieser Fragen sowie professionelle Unterstützung für Lehrkräfte, AkademikerInnen und anderes Bildungspersonal sind unerlässlich.
12. Korrelationen zwischen verschiedenen Fächern und Elementen innerhalb des Bildungssystems müssen überprüft werden, um einen Prozess des Umdenkens einzuleiten, nicht nur im Hinblick auf die Rettung unseres Klimas, sondern unseres Planeten als Ganzes. Wir als Gesellschaft müssen eine wesentlich nachhaltigere Lebensweise annehmen. Dies beginnt mit der Bildung und muss sich darin widerspiegeln.
13. Lehrkräfte, AkademikerInnen und anderes Bildungspersonal sehen sich zudem mit einer zunehmenden Vielfalt unter den Lernenden konfrontiert, die sich in ihren Lebensrealitäten, Sprachen, kulturellen und sozioökonomischen Hintergründen unterscheiden. Sie fühlen sich oft unvorbereitet, auf die Bedürfnisse aller SchülerInnen einzugehen und mit Herausforderungen wie persönliche Identitätskonflikte, kontroverse Diskussionen, Fake News und dem Einfluss der sozialen Medien auf die Gedankenwelt der SchülerInnen usw. umzugehen.
14. Die steigende Vielfalt erfordert auch Schulen und Bildungssysteme, in denen alle SchülerInnen mit ihren unterschiedlichen sozioökonomischen, sprachlichen und kulturellen Hintergründen zusammenkommen, miteinander interagieren und voneinander lernen können. Besonders in Schulen, die vornehmlich von



Schülerinnen und Schülern aus benachteiligten Gruppen und mit sehr unterschiedlicher Herkunft besucht werden, ist es schwierig, allen die gleichen Chancen zu bieten und die Herausforderungen anzugehen, vor denen sie stehen. Dies ist ein wichtiger Punkt, der immer noch nicht ausreichend beachtet wird, nicht nur in der Ausbildung von Lehrkräften, sondern auch in Bezug auf die Finanzierung der Bildung und die Attraktivität des Berufs.

15. Bildungseinrichtungen und ein Bildungssektor, die auf den Grundsätzen der Chancengleichheit, der demokratischen Regierungsführung, der Förderung der Vielfalt von Ansichten und Hintergründen, der akademischen Freiheit und der beruflichen Autonomie von Lehrkräften und anderem Bildungspersonal beruht, sind inhärente Elemente der nachhaltigen Entwicklung des Bildungswesens und der europäischen Gesellschaft insgesamt und grundlegend dafür, dass die verkündeten Grundsätze der Gleichberechtigung, Inklusion und Nichtdiskriminierung in der Bildung und in der Lehrfähigkeit zu konkreten Ergebnissen führen und nicht nur eine bloße Erklärung von Rechten bleiben.
16. Für qualitativ hochwertige, inklusive und nachhaltige Bildungssysteme, die auf den Grundsätzen der Gleichberechtigung und Demokratie beruhen, ist ein attraktiver Lehrberuf von größter Bedeutung: Er muss einen hohen Status in der Gesellschaft, angemessene Gehälter und Pensionen/Renten, menschenwürdige Arbeitsbedingungen einschließlich einer angemessenen Arbeitsbelastung, eine kontinuierliche, an die Bedürfnisse der Lehrkräfte angepasste berufliche Weiterentwicklung, unterstützende, sichere und gesunde Arbeitsplätze, sowohl aus körperlicher als auch aus psychosozialer Sicht, und attraktive Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Ein attraktiver Lehrberuf sorgt auch für mehr Gleichberechtigung und Vielfalt unter dem Bildungspersonal.
17. Die Digitalisierung im Bildungssektor und der Fernunterricht werden eine Vielzahl neuer Herausforderungen für die Lehrenden und die Bildungsgemeinschaft als Ganzes mit sich bringen. Zu den beachtenswerten Bereichen, die Anlass zu Besorgnis geben, gehören die Entwicklung von Lehr- und Lernstrategien und -praktiken, die dem digitalen Zeitalter angemessen sind, Fragen im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Einsatzes neuer Technologien auf die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen von Bildungspersonal, die Privatisierung und Kommerzialisierung digitaler Lehr- und Lernmittel, der Schutz personenbezogener Daten sowie Fragen im Zusammenhang mit dem Einsatz künstlicher Intelligenz in Bildungssystemen unter besonderer Berücksichtigung ethischer Belange. Die Coronavirus-Pandemie und die dadurch erzwungene Umstellung auf Fernunterricht hat eine Reihe wichtiger Fragen im Zusammenhang mit der Arbeitszeit, der Arbeitsbelastung, der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie der Gesundheit und Sicherheit (einschließlich des psychosozialen Wohlergehens) des Bildungspersonals aufgeworfen, die angegangen werden müssen, um angemessene und attraktive Arbeitsbedingungen im Bildungssektor zu gewährleisten.
18. Darüber hinaus führen die Einführung digitaler Werkzeuge zur Unterstützung von Lehr- und Lernzwecken - und der zunehmende Druck, diese einzusetzen - zu wachsender Sorge um die Zukunft des Berufsstands der Lehrenden. In der Tat werden digitale Technologien, die für den Bildungssektor entwickelt wurden, den Regierungen und Bildungseinrichtungen als innovative Unterrichtstechniken verkauft und laufen Gefahr, als Alternative zu Lehrkräften missverstanden zu werden. Dies würde die Qualität der Bildung ernsthaft gefährden, da Lehrerinnen und Lehrer und die Interaktion zwischen Lehrkräften und SchülerInnen/ Studierenden von zentraler Bedeutung für den Aufbau von Wissen zu einem bestimmten Thema sowie zur Förderung von Gleichberechtigung, kritischem Denken und sozialen und emotionalen Fähigkeiten sind. Die Coronavirus-Krise hat deutlich gezeigt, dass Lehrkräfte im Zentrum des Bildungs- und Lernprozesses stehen. Während große Teile der Bildungssysteme in ganz Europa Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen schlossen und ihre Kursarbeit und ihren Unterricht online gestalteten, zeigte das Bildungspersonal eine außerordentliche Flexibilität und Fähigkeit, sich an neue Umstände und neue Unterrichtsmethoden anzupassen, um die pädagogische Beziehung zu den



SchülerInnen und die Verbindung zu den Eltern und dem Umfeld aufrechtzuerhalten. Es ist daher von größter Bedeutung, dass digitale Technologien im Zuge ihrer Einführung in Bildungseinrichtungen und ihrer Einbindung in Lehr- und Lernmethoden nicht zu einer Entprofessionalisierung der PädagogInnen führen, sondern ihre berufliche Autonomie und akademische Freiheit voll respektieren. Stattdessen sollten Bildungsfachleute durch öffentliche Investitionen unterstützt und in die Entwicklung von Technologien, digitalen Werkzeugen und Unterrichtsinhalten für die Bildung sowie in Entscheidungen über deren Einsatz einbezogen werden.

19. Die Einführung neuer, digitaler und innovativer Instrumente in der Unterrichts- und Lernpraxis erfordert ein angemessenes Maß an öffentlicher Finanzierung. Wird dieses Problem nicht angegangen, würden sich die bestehenden Ungleichheiten beim Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung vertiefen, wie während der Coronavirus-Pandemie zu beobachten war, bei der die digitale Kluft und der ungleiche Zugang zu Fernlehr- und Fernlernmaterial eng mit dem sozioökonomischen und geografischen Hintergrund von SchülerInnen und Lehrkräften zusammenhängen. Regierungen in ganz Europa setzen sich bereits für mehr öffentlich-private Partnerschaften als Mittel zur Integration digitaler Werkzeuge in die Bildung ein. Das kollektive Nachdenken über diese oben genannten Punkte und die Digitalisierung in der Bildung im weiteren Sinne erfordert die Einbeziehung des Fachwissens, der Ansichten und Erfahrungen von Bildungsgewerkschaften auf allen Ebenen als einen zentralen Schwerpunkt.
20. Der soziale Dialog ist ein inhärenter Mechanismus der demokratischen Gesellschaft. Europa kann nur dann ein Ort des sozialen Fortschritts, der sozialen Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Entwicklung sein, wenn die Rechte des Bildungspersonals, über seine repräsentativen Bildungsgewerkschaften an dem Prozess der Anhörung, der Ausarbeitung von Vorschlägen und Verhandlungen über menschenwürdige Arbeit und faire Arbeitsbedingungen sowie an der Gestaltung und Umsetzung der Bildungspolitik teilzunehmen, respektiert und gefördert werden. Darüber hinaus ist der soziale Dialog als wirksamer, sinnvoller und integrativer Mechanismus, der die Beziehungen zwischen Bildungspersonal und Arbeitgebern sowie Regierungen auf allen Ebenen, d. h. auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene, regelt, nach wie vor von entscheidender Bedeutung für die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung in ganz Europa. Die Wahrung der Grundrechte der Vereinigungsfreiheit und der Tarifverhandlungen, die Unterstützung der Sozialpartner in ihrer Fähigkeit, sich am sozialen Dialog zu beteiligen, sind Voraussetzungen, um Europas integratives und nachhaltiges Wachstumspotenzial freizusetzen und die weitreichenden sozialen Folgen der Krise in Bildung und Gesellschaft anzugehen.
21. Das Prinzip der Solidarität ist der Kern der Existenz und der Rechte der Gewerkschaften. Angesichts solcher Bedrohungen wie Kommerzialisierung und Privatisierung des Bildungswesens, Populismus und rechtsgerichteter politischer Diskurs, Klimakrise und Angriffe auf Gewerkschaftsrechte sollten Bildungsgewerkschaften nicht nur untereinander auf regionaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene zusammenarbeiten, sondern auch innerhalb der gesamten Bildungsgewerkschaftsbewegung und mit anderen relevanten Akteuren im Bildungsbereich. Darüber hinaus sollte die Last, die die Notwendigkeit der Anpassung an eine sich schnell verändernde Gesellschaft mit sich bringt, nicht allein vom Bildungssektor getragen werden: Es ist eine gemeinsame Verantwortung aller Akteure der Zivilgesellschaft.
22. Die Grundsätze der Solidarität, Gleichberechtigung und stärkeren Vielfalt sind auch für die Struktur der Bildungsgewerkschaften selbst von entscheidender Bedeutung. Mit Blick auf die Wiedererlangung ihres Platzes in der Gesellschaft und die Stärkung ihrer Stimme und Rolle müssen die Bildungsgewerkschaften aktiver werden, indem sie auf die Bedürfnisse des gesamten Bildungspersonals eingehen, die Vielfalt der Ansichten und Hintergründe ihrer Mitglieder fördern und mit denjenigen zusammenarbeiten, die im Bildungssektor am stärksten marginalisiert oder unterrepräsentiert sind.



2020

ETUCE CONFERENCE

El European Region



Bekräftigt die Verpflichtung der EGBW-Mitgliedsorganisationen:

23. die zentrale Rolle des Lehrens in der Bildung im Rahmen der europäischen und nationalen Bildungspolitik sowie bei ihrer Umsetzung weiter zu fördern;
24. die Arbeit an den Themen Gleichstellung, Inklusion und nachhaltige Entwicklung in der Bildung und im Lehrberuf zu verstärken und diese Themen durch sozialen Dialog und Tarifverhandlungen auf allen Ebenen zu verbessern;
25. auf die Stärkung des sozialen Dialogs und der Gewerkschaftsrechte hinzuwirken und sicherzustellen, dass die Sozialpartner als gleichberechtigte Partner im sektoralen sozialen Dialog im Bildungswesen auf allen Ebenen und zu jeder Zeit, auch in Krisen und unter außergewöhnlichen Umständen, vollständig anerkannt werden;
26. eine Erhöhung der Investitionen in das öffentliche Bildungswesen und eine Gestaltung der öffentlichen Bildungshaushalte in einer Weise zu fordern, die ausreichende, vorhersehbare und nachhaltige öffentliche Mittel bereitstellt, sowie eine Rechenschaftspflicht der Regierungen, öffentliche Kontrolle und Transparenz der Bildungshaushalte, um die gerechte Verteilung der öffentlichen Mittel zu bewerten und sicherzustellen, dass sie den Bedürfnissen der am stärksten marginalisierten Menschen in unserer Gesellschaft gerecht werden;
27. gegen alle Versuche zu mobilisieren, die Bildungssysteme der Marktorientierung, Privatisierung und Kommerzialisierung auszusetzen, die eine Bedrohung für die umfassenderen gesellschaftlichen und kollektiven Ziele der Bildung darstellen, wie z. B. die Ziele der Gerechtigkeit, des sozialen Zusammenhalts und der Inklusion;
28. für die Stärkung des rechtlichen und ethischen Rahmens, für die öffentliche Finanzierung der Infrastruktur und der IT-Ausrüstung sowie die Verbesserung der Erstausbildung von Lehrkräften und ihrer kontinuierlichen beruflichen Weiterbildung einzutreten, um sicherzustellen, dass sowohl Lehrkräfte als auch SchülerInnen von der Digitalisierung profitieren;
29. sich für eine übergreifende und wirksame Integration der Bildung in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie und nachhaltige Entwicklung in allen Bildungssystemen in der europäischen Region einzusetzen. Bei der Forderung nach Bedingungen zu kooperieren, unter denen Lehrkräfte ihre berufliche Verantwortung bei der Entwicklung der Bildung in diesen Bereichen auf Grundlage ihrer beruflichen Autonomie, Berufsethik und akademischen Freiheit ausüben können;
30. die aktive Beteiligung der Bildungsgewerkschaften an der Gestaltung und Überwachung aller bildungspolitischen Reformen und Entwicklungen (einschließlich der Ausbildung von Lehrkräften) auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene zu gewährleisten, einschließlich Diskussionen über den Unterricht zu Umweltfragen basierend auf den 17 Zielen der nachhaltigen Entwicklung, die eine solide Grundlage für den Aufbau einer ökologisch nachhaltigen, wirtschaftlich und sozial gerechteren Welt bilden;
31. die Kapazitäten der Bildungsgewerkschaften und ihrer Mitgliedsorganisationen in Fragen der Gleichstellung, der Inklusion, der Demokratie und der nachhaltigen Entwicklung auszubauen;



32. eine ganzheitliche Perspektive des Bildungssystems zu fördern, die sich auf die Integration jeder einzelnen Person in die Gesellschaft konzentriert und verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger hervorbringt, die sich ihrer Rechte und Pflichten bewusst sind und gegenseitigen Respekt, Chancengleichheit und Vielfalt wertschätzen;
33. eine qualitativ hochwertige Erstausbildung und kontinuierliche berufliche Weiterentwicklung sowie professionelle Unterstützung von Lehrkräften, AkademikerInnen und anderem Bildungspersonal entsprechend ihren Bedürfnissen zu fordern, um für eine wirklich integrative, kulturell und sozial vielfältige Bildung mit aktuellen Instrumenten und Methoden (einschließlich digitaler Mittel, Sprachausbildung und Lehrkraftunterstützung) zu sorgen;
34. Bildungseinrichtungen zu fördern, die auf den Grundsätzen der Gleichberechtigung und Inklusion, des demokratischen Führungsstils und der demokratischen Kultur, der Teamarbeit und der Unterstützung durch Kolleginnen und Kollegen, der akademischen Freiheit, der Meinungs- und Ausdrucksfreiheit sowie der pädagogischen und beruflichen Autonomie von Lehrkräften und anderem Bildungspersonal aufbauen;
35. an der Förderung der Attraktivität des Lehrberufs zu arbeiten, in dem sich alle PädagogInnen ungeachtet ihres kulturellen oder sozioökonomischen Hintergrunds weiterentwickeln und in ihrem beruflichen Werdegang vorankommen können, eine bessere Vergütung erhalten, würdige Arbeitsbedingungen vorfinden, Beruf und Privatleben angemessen vereinbaren können und hoch motiviert sind, ihre Tätigkeit auszuüben;
36. mit anderen Gewerkschaften im Bildungssektor und in der globalen Gewerkschaftsbewegung zusammenzuarbeiten und solidarisch zueinanderzustehen sowie mit anderen Akteuren im Bildungsbereich (z. B. SchülerInnen- und Elternbewegungen, lokalen Gemeinschaften, Nichtregierungsorganisationen usw.) zur Bekämpfung sozioökonomischer Ungleichheiten und undemokratischer und neoliberaler Ansätze zu kooperieren;
37. unter Wahrung des vollen Respekts für nationale Unterschiede bei den rechtlichen Rahmenbedingungen, Kulturen, Strukturen, Traditionen und Ansätzen, eine Kultur der Demokratie und Gleichberechtigung innerhalb der gewerkschaftlichen Strukturen und Grundsätze zu gewährleisten;
38. auf das Wachstum der Bildungsgewerkschaften hinzuwirken, indem Mitglieder aus unterschiedlichen Kontexten und mit unterschiedlichem Hintergrund, darunter aus unterrepräsentierten Gruppen, organisiert, angeworben, weiterentwickelt und mobilisiert werden. Dies beinhaltet die Anwerbung, Organisation und Förderung der aktiven Beteiligung junger Mitglieder in den Bildungsgewerkschaften.

Der EGBW-Ausschuss wird damit beauftragt:

39. eine Taskforce oder Arbeitsgruppe zur Aktualisierung des EGBW-Bildungsgrundsatzpapiers einzusetzen, mit dem Ziel, eine Kampagne zur Anhebung des Status und zur Verbesserung der Attraktivität des Lehrberufs für eine gerechte, integrative und nachhaltige Bildung zu entwickeln.